

Das am 7. Mai 1905 begonnene Schuljahr zeigte in Bezug auf die Teilnehmerzahl das erfreuliche Ergebnis, dass sämtliche 24 Dresdener Lehrlinge zur Zeit die Schule besuchten, ein Beweis, dass man den Wert des Zeichenunterrichtes anerkennt. Der am Schlusse des Berichtes von 1904 ausgesprochene dahin gehende Wunsch des Unterzeichneten ist somit glänzend in Erfüllung gegangen. Möge es auch in Zukunft so bleiben zum Heil und Segen unseres schönen Berufes.

Dresden, am 4. April 1906.

Julius Roth,

II. Obermeister und Vorsitzender des Schulausschusses.

Zur Mittelstandsfrage.

Angesichts der schweren Beleidigung, die dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstande seitens eines höheren Staatsbeamten in Preussen zuteil geworden ist, fasste nicht nur die Generalversammlung der Centralvereinigung preussischer Vereine für Handel und Gewerbe, sondern auch die deutsche Mittelstandsvereinigung, sowie zahlreiche Handwerker- und gewerbliche Verbände den Beschluss, vorausgesetzt, dass die Mitteilungen in der Tagespresse über die Aeusserung des Herrn Ministerialdirektors Thiel-Berlin anlässlich der Eröffnungssitzung der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ auf Wahrheit beruhen, demselben mitzuteilen, dass die Generalversammlung sich ganz energisch gegen diese Beleidigungen verwahrt und demselben das Recht abspricht, in dieser Weise über den grossen, nach Hunderttausenden zählenden deutschen Mittelstand zu urteilen.

Die Generalversammlung fasst ferner den Beschluss, diesen Protest den höchsten Chefs des Herrn Ministerialdirektors und dem Ministerpräsidenten abschriftlich zuzustellen.

Diese Resolution hat die Centralvereinigung preussischer Vereine für Handel und Gewerbe gefasst auf Grund folgender rhetorischer Leistung des Herrn Ministerialdirektors Thiel:

„Es fällt an der Mittelstandsbewegung jedoch das eine von vornherein auf, dass das politische Strebertum sich in ihr breit macht. Den Gegnern der Mittelstandsbewegung wird vorgeworfen, sie beachten ganz einseitig nur das rein wirtschaftliche Moment. Es gebe aber weit höher stehende ethische Momente. Diese habe ihre Berechtigung. Aber die natürliche Entwicklung erheischt, dass man sich nicht gegen wirtschaftliche Prozesse stemmt, die ein offensichtlicher Fortschritt sind, zumal gegenüber unökonomischen, überlebten, veralteten Wirtschaftsformen, die zu erhalten geradezu Torheit wäre.

Bei Licht betrachtet, enthält der Mittelstand mancherlei minderwertige Existenzen. Die Handwerker sollten bedenken, dass sie sich nicht behaupten können, wo die Fabrik in der Massenproduktion billiger und besser produziert. Das Handwerk hat seinen Boden nur noch im wesentlichen, wo es sich um Reparaturen oder um die Befriedigung individueller Sachbedürfnisse oder um individuelle, insbesondere kunstgewerbliche Leistungen handelt. . . . Ein weiterer Bestandteil des Mittelstandes sind die Kleinhändler. Ihre Stellung ist durchaus unökonomisch im Hinblick auf die hohen Mieten, das halbbeschäftigte Personal und dessen lange Arbeitszeit und anderes mehr. Im Gegensatz dazu stehen die Warenhäuser mit dem ökonomischen wichtigen Prinzip des Barverkaufs und der Barzahlung, der viel besseren Bezahlung und Behandlung der Angestellten und anderes mehr. Ihre aufsteigende Entwicklung beweist sicher auch ihren inneren Wert, und die Bemühungen, sie durch die Warenhaussteuer einzuengen, sind fehlgeschlagen. Die Steuer ist auf die Fabrikanten und Konsumenten abgewälzt worden.

Man muss auch die Frage aufwerfen, ob nicht der Angestellte eines Grossbetriebes viel selbständiger ist als der ‚selbständige‘ Gewerbetreibende aus dem Mittelstande, der in steter Not um seine Existenz nach allen Seiten hin abhängig ist.“

Diese Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors zeugen von einer Verständnislosigkeit gegenüber den Mittelstandsfragen, die geradezu unbegreiflich ist. Wenn ein junger Student, der eben von der Universität kommt, derartige Behauptungen aufstellt,

so kann man es ihm nicht weiter übelnehmen und man wird mit einem Achselzucken darüber hinweggehen, denn das ist eine Weisheit, die ihm von sozialpolitischen Theoretikern ohne jede praktische Erfahrung oktroyiert worden ist; jene Herren schweben nur in der allein seligmachenden Theorie, die Praxis ist ihnen Nebensache. Aber bei einem Herrn, wie dem regierenden Rat im Landwirtschaftsministerium sollte man doch einen etwas weiteren Blick für die praktischen wirtschaftlichen Fragen unseres Mittelstandes voraussetzen können. Herr Thiel sollte nur auf einige Zeit in der kleingewerblichen oder handwerkerlichen Organisation mitarbeiten, dann würde sein Blick schon etwas weiter werden und aus einem Saulus dürfte vielleicht bald ein Paulus erstehen. Seine Missachtung den Gewerbetreibenden gegenüber, der in den Worten zum Ausdruck kommt, dass der heutige Handwerker- und Mittelstand zum grossen Teil aus minderwertigen Existenzen bestehe und es sich nicht verlohne, diese vor dem Untergange zu bewahren, würde sich vielleicht bald in das Gegenteil verwandeln, wenn er mit jenen Männern, die durchglüht sind von uneigennütziger Hingabe, Aufopferung und Idealismus für die gerechte Sache des deutschen Gewerbes und Handwerkes, in nähere Berührung kommen würde.

Ein politisches Strebertum soll sich in der Mittelstandsbewegung breit machen; wir möchten nur wissen, wo? Wenn der Mittelstand versucht, sich zu organisieren und sich gegen eine nach seiner Ansicht ungesunde Entwicklung anzustemmen, so bezeichnet man dieses Streben als zünftlerisch, krämerisch und das Rad der Zeit zurückschraubend. Das ist ein durchaus ungerechter und unkluger Vorwurf, den die Angehörigen des Mittelstandes ja auch aufs energischste zurückgewiesen haben.

Auf das bestimmteste muss aber gegen die hässliche Verallgemeinerung protestiert werden, welche die besprochene Rede enthält. Minderwertige Existenzen umschliesst jeder Stand, aber niemals kann man ihn dafür verantwortlich machen. Sind denn etwa alle Kollegen des Herrn Ministerialdirektors strahlende Leuchten oder gibt es nicht auch in dieser hohen Kaste recht unscheinbare Talglichter? Das ist ganz selbstverständlich, hier wie dort gibt es rüddige Schafe, nicht jeder kann ein Heros sein. Aber dass dieser selbe Stand, den jener Herr Direktor von dem hohen Piedestal seiner Rednertribüne gewissermassen als überlebt und veraltet bezeichnet, noch die Energie besitzt, sich zu organisieren und zur Zeit in seltener Opferwilligkeit 15 Millionen Mark ersparten Rabatts auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz seiner Organisationen niederzulegen und dabei noch eine Unsumme von Beiträgen zu leisten für die sozialpolitische Gesetzgebung, die nur seinen Arbeitern Nutzen bringt; von dieser Bewegung, diesen äquivalentlosen Opfern, ihren Erfolgen und ihrem mächtigen Anwachsen scheint der Herr nichts zu wissen.

„Der Herr Minister hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass er der Mittelstandsbewegung eine ganz besondere Bedeutung beimisst. Für das Gedeihen des Staates ist vor allem die soziale Gliederung des Volkes ausschlaggebend. Ein Staat, in dem es nur Reiche und Arme gibt, ist krank. Nur wenn breite Volksschichten vermittelnd dazwischen stehen, kann er gedeihen.“ Diese Worte gebrauchte der Geh. Oberregierungsrat Lusenski anlässlich des diesjährigen deutschen Mittelstandstages in Frankfurt a. M. als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe. Wer von beiden hat nun recht? Einmal wird anerkannt, dass die Bestrebungen der Mittelstandspolitik ein gutes Gegengewicht gegenüber der grenzenlosen Fürsorge für die Arbeiterbevölkerung darstellen, und jetzt erklärt ein führender Regierungsbeamter alle diese Bestrebungen für unnütz, das ganze Wesen des Mittelstandes als dem Untergange verfallen.

Mit Recht bemerkt hierzu eine mittelstandsfreundliche Tageszeitung: „Man kann es dem Mittelstande wahrhaftig nicht verdenken, wenn infolge solcher Aeusserungen nicht nur Verstimmung, sondern auch eine gewisse Erbitterung in seinen Reihen Platz greift. Die Regierung sollte unbedingt die Pflicht empfinden, solcher Verbitterung und Verstimmung entgegen zu arbeiten, nicht aber sie fahrlässig zu fördern.“ Vollständig richtig; Erbitterung muss sich in den Mittelstandskreisen gegen solche verwirrenden und die Tatsachen auf den Kopf stellenden Lehren geltend machen und an der verantwortlichen Regierung wird es liegen, dass sie